

Volksinitiative

Brandenburg

**IHRE
Stimme
zählt!**

20.000

Unterschriften
gegen die
MASSENbebauung
Brandenburgs
mit
Windrädern



Volksinitiative „Gegen die Massenbebauung Brandenburgs mit Windrädern“ vertreten durch Thomas Jacob Glietzer · Dorfstrasse 11 · 15913 Märkische Heide · www.volksinitiativewindrad.de

Die Landesregierung hat im Mai 2008 die **Verdopplung** der Wind-Eignungsgebiete und die Verdreifachung der Anlagenleistung beschlossen.

Volksinitiative

„Gegen die Massenbebauung Brandenburgs mit Windrädern“



Unsere Forderungen:

1. Windräder gehören dorthin, wo sie keinen Schaden für Mensch und Natur anrichten. Z.B. in ehemalige Militär- und Tagebaugelände!
2. Keine Windräder in Naturschutz- und Erholungsgebiete!
3. Einen Abstand von 10facher Anlagenhöhe, mind. 1.500 m, zwischen Wohnbebauung und Windrädern!
4. Einen Abstand der Windgebiete von 10 Kilometer untereinander!

Die Probleme:

- Brandenburg verfügt über 2.460 km² Flächen an ehemaligen Tagebau- und Militärgeländen. Darin haben – mit 555 km² – alle vorhandenen und geplanten Windgebiete viermal Platz. Stattdessen verplumpt die Landesregierung per Gießkannen-Methode die Windspargel über die gesamte Landschaft.
- Brandenburgs Naturschutz- und Vogelschutzgesetze werden missachtet. Es werden keine neutralen Gutachten zum Artenschutz eingefordert.
- Das notorische Brummen, ähnlich einem Industrie-Trafo, macht krank. Studien belegen die Folgen: Kopfschmerzen, Herzerkrankungen, Schädigung von Organen.
- Die Behörden nehmen keine Rücksicht auf Tourismus und Naherholung wie z.B. in der Spreewaldregion.
- Zur Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs ist ein Mindestabstand zu Straßen ausserhalb der Wurf- und Kippfläche nötig.
- Einsprüche und Hinweise von Bürgern werden missachtet. Öffentliche Erörterungen und Akteneinsicht werden verweigert.
- Politiker wissen nicht was sie anrichten. Der Wert des Menschen und Eigentums wird nicht geschätzt.

Was uns Politik und Wind-Lobby verschweigen:

- Windenergie ist eine Mogelpackung. Es wird dieselbe Kapazität an Kohlekraftwerken benötigt. Diese verursachen unter schwankender Belastung um so mehr CO₂. Der CO₂-Ausstoß wird nicht wirklich gemindert.
- Bereits heute zahlt eine Durchschnittsfamilie ca. 200,- € pro Jahr über die Stromrechnung an Zwangsförderung für die Windkraft.*
- Windräder schaffen dort wo sie stehen keine Arbeitsplätze, erbringen keine Steuereinnahmen. Im Gegenteil: Die Einkünfte aus dem Tourismus gehen zurück, die Immobilienpreise werden entwertet.
- Eine komplette Umstellung auf Windenergie würde die Volkswirtschaft jährlich mit 55 Milliarden EURO Mehrkosten gegenüber konventionellem Strom belasten.*
- Die erhöhten Stromkosten bezahlen wir mit allen Produkten. (Brot, Zeitung, Möbel, Kleidung usw.)
- Der spätere Rückbau ist meist nicht oder nur unzureichend gesichert. In Schleswig-Holstein belasten die ersten Windradruinen die Grundeigentümer und Gemeinden.
- Windräder entwerten Grundstücke und Eigenheime um mindestens 30 %.

All diese Kosten tragen wir als Verbraucher, Steuerzahler und Grundeigentümer.



* Berechnungen von Prof. Dr. Appel – Fachhochschule Wilhelmshafen und Dipl. Ök. Heinzow – Uni Hamburg.